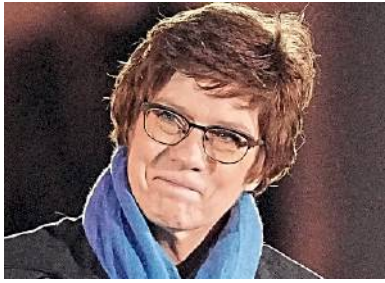


NAMEN UND NACHRICHTEN



Die Bundeswehr hat sich mit einem Großen Zapfenstreich von der früheren Verteidigungsministerin **Annette Kramp-Karrenbauer** (CDU) verabschiedet. Als Musikstücke wünschte sie sich die Erkennungsmelodie der Bundeswehr, die Titelmusik von „Die glorreichen Sieben“ und „Your Love Keeps Lifting Me Higher And Higher“ von Jackie Wilson. (dpa)



Das EU-Parlament hat den in Russland inhaftierten Kremlkritiker Alexej Nawalny mit dem renommierten Sacharow-Menschenrechtspreis geehrt. Nawalyns Tochter **Darja Nawalnaja** nahm die Auszeichnung gestern in Straßburg in Empfang. Sie forderte in ihrer Rede ein entschiedenes Auftreten der Welt gegen Russlands Präsident Wladimir Putin. (dpa)



Der CDU-Politiker **Friedrich Merz** hält Sanktionen gegen Oligarchenfamilien im Umfeld des russischen Präsidenten Putin für ein wirksames Mittel, um auf den Kremel einzuwirken. „Wenn die nicht mehr nach Paris und New York zum Shoppen fliegen können, destabilisiert dies das politische System Russlands möglicherweise mehr als manche militärische Abwehrbereitschaft“, sagte er. (dpa)

LUDWIGSBURGER KREISZEITUNG

Mit Regionalausgabe Neckar- und Enzobote. Unabhängige Tageszeitung. Amtliches Bekanntmachungsorgan der Stadt und des Landkreises Ludwigsburg. Gegründet 1818. Verlag und Druck: Ungeheuer + Ulmer KG GmbH + Co, Körnerstr. 14-18, 71634 Ludwigsburg. Zugleich ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen. Telefonzentrale: (07141) 130-0. Herausgeber: Gerhard Ulmer. Chefredakteurin: Ulrike Trampus (tr), (verantwortlich) Stellvert. Chefredakteur: Peter Maier-Stein. Ressortleiter: Politik und Wirtschaft: Hans-Dieter Weißbecher (hdw) - Vertr. Wirtschaft: Birgit Ebner (bie); Stadt Ludwigsburg: Peter Maier-Stein (map) - Vertr. Dr. Hans-Peter Jans (hpj); Kreis Ludwigsburg: Dr. Stephan Wolf (stew) - Vertr. Steffen Pross (pro), Sabine Frick (fr); Sport: Andreas Steinmann (ast), Weiterredakteure: Neckar- und Enzobote, Besigheim: Dorothee Kauer (kau); Politik: Bernhard Lepple (dip); Kreis Ludwigsburg: Andreas Feilhauer (fe), Kristina Winter (twi); Sport: Karl-Heinz Ullrich (khu), Marco Jaisle (jal), Philipp Böhl (pb); z. B. V.: Hubert Dreher (dre), Ippokratiss Ioannidis (ioa), Christian Wolf (wa), Kristina Anger (kris), Philipp Schneider (psh), Patricia Rapp (pat), Inge Hartmann (in), Christina Kehl (ck), Julia Essich-Föll (je), Janna Werner (ja), Stephanie Bajorath (sts), Britta Sliuser (bs), Frank Elsässer (elf), Johannes Koch (jok), Julia Schweizer (jsw), Wolf-Dieter Retzbach (wd), Lisa Gatzemann (san), Vera Benner (veb), Carolin Schneider (cns). Internet: Stefanie Bernhardt. Fotografie: Holm Wolschendorf, Ramona Theiss, Andreas Becker. Anzeigen: Anja Deters, (verantwortlich) Erscheint jeden Werktag. Abbestellungen sind jeweils mit einer Frist von 6 Wochen zum Monatsende möglich und müssen dem Verlag schriftlich vorliegen. Anzeigenpreis lt. Preisliste Nr. 70 vom 1. 1. 2021. Auflagenkontrolle durch IVW. Wenn die Zeitung infolge höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens nicht erscheint, besteht kein Entschädigungsanspruch. Für die Herstellung der LKZ wird Recycling-Papier verwendet. Mitglied im: International Newspaper Color Quality Club. Mehrfach ausgezeichnet für konstant hohe Druckqualität, somit Mitglied im Star-Club des Zeitungs-Weltverbandes. Ausgezeichnet mit dem European Newspaper Award für Konzept und Design. European Newspaper Award



Ausgezeichnet mit dem European Newspaper Award für Konzept und Design.

KONTAKT

Leserservice
E-Mail: leserservice@lkz.de
Telefon: (07141) 130-333
Politikredaktion
E-Mail: politikredaktion@lkz.de
Telefon: (07141) 130-255

Bemerkenswert deutlich stellt sich der neue Bundeskanzler in seiner ersten Regierungserklärung Coronaleugnern und Impfgegnern entgegen. Olaf Scholz weiß: Erst wenn die Pandemie besiegt ist, kann er mit seiner Ampelkoalition richtig loslegen.

VON TIM BRAUNE

BERLIN. Olaf Scholz ist auf Seite sieben des Manuskripts seiner Regierungserklärung angekommen. Jetzt wird es ungemütlich. Deutschland und die Abgeordneten erhalten einen Vorgeschmack auf das, was der neue Kanzler unter Führung versteht. Scholz war während der Koalitionsverhandlungen mit Grünen und FDP vorgeworfen worden, er ducke sich bei Corona weg. Mittlerweile ist er für eine Impfpflicht, das Infektionsschutzgesetz der Ampel mehrfach nachgebessert worden. Nun formuliert er nichts weniger als eine Kampfansage an Coronaleugner, Querdenker, Rechtsextreme im Land. Jene, die Ministerpräsidenten Morddrohungen schicken, mit Fackeln vor Privathäuser von Politikern.

„Regierung aller vernünftigen Bürger“

Eine kleine extremistische Minderheit habe sich von Gesellschaft, Demokratie und Staat abgewandt, auch von Wissenschaft, Rationalität und Vernunft, klagt der Kanzler an. Seine Bundesregierung höre zwar zu, sei offen für Kritik und Widerspruch, versuche, zweifelnde Bürger mit Argumenten von einer Impfung zu überzeugen. „Aber genauso klar ist: Wir werden es uns nicht gefallen lassen, dass eine winzige Minderheit von enthemmten Extremisten versucht, unserer gesamten Gesellschaft ihren Willen aufzuzwingen.“ Eine winzige „Minderheit der Hasserfüllten“ werde die Härte des Rechtsstaates zu spüren bekommen. „Unsere Demokratie ist eine wehrhafte Demokratie“, ruft Scholz.

Die vielfach behauptete Spaltung der Gesellschaft gebe es gar nicht. „Diese Bundesregierung ist die Regierung aller solidarisierenden, vernünftigen und vorsichtigen Bürgerinnen und Bürger im Land.“ Es ist die stärkste Passage seiner 84-minütigen ersten Regierungserklärung. Der AfD-Chef Tino Chrupalla wird später in der Generalausprache auf Scholz erwidern, der Kanzler verwende „Kriegsrhetorik“ gegen Bürger, die bei Corona-Demonstrationen ihr verbrieftes Versammlungsrecht wahrnehmen. Erstaunlich ist, dass Scholz Für und Wider der für das Frühjahr geplanten Impfpflicht gar nicht erwähnt. Hofft er,



REGIERUNGSERKLÄRUNG
Kampfansage an Virus und Leugner

dass die Boosterimpfungen bis März so stark anziehen, dass der Staat dazu nicht greifen muss? Vor 16 Jahren, am 30. November 2005, stand Angela Merkel an diesem Rednerpult und sprach erstmals als Kanzlerin. Damals gab es keine vergleichbare Bedrohung auf Leben und Tod wie Corona, als Merkel ankündigte, „eine Re-

gierung der Taten“ anführen zu wollen. Scholz dankt seiner Vorgängerin für deren politische Lebensleistung. Merkel habe „stets uneitel und ohne Allüren“, mutig und pragmatisch regiert. So würde Scholz auch über Scholz sprechen. Ein Stück Merkel bleibt also. Bei Corona war Merkel Anführerin im „Team Vorsicht“.

PREMIERE

Erster SSW-Parlamentarier seit dem Jahr 1949

Erstmals seit fast 70 Jahren hat gestern wieder ein Abgeordneter des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW) eine Rede im Bundestag gehalten. Der Flensburg-er Stefan Seidler, der die Partei der dänischen Minderheit in Berlin vertritt, sagte der Ampel-Koalition dabei seine Unterstützung für notwendige Veränderungen zu. Bei der Rolle der Minderheiten hätte er sich



Stefan Seidler. Foto: dpa vom Koalitionsvertrag allerdings nicht vorstehen. So warb der SSW-Parlamentarier in seiner Rede eindring-

lich dafür, Minderheitenrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Jahr 1949 war Hermann Clausen als bislang einziger SSW-Abgeordneter für eine Legislaturperiode in den Bundestag eingezogen. 1961 beschloss die Partei dann, nicht mehr für das Parlament (damals in Bonn) zu kandidieren. Erst vor der Bundestagswahl 2021 wurde diese Vereinbarung revidiert. (dpa)

Mehr Personal für Kampf gegen Extremismus in Sachsen

VON SIMONA BLOCK UND CHRISTIANE RAATZ

DRESDEN. In einem Telegram-Chat tauchen Mordpläne gegen Sachsens Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU) auf. Die Behörden ermitteln wegen einer staatsgefährdenden Straftat, nun gibt es erste Verdächtige. Die Polizei durchsuchte gestern sechs Objekte in Dresden und Heidenau (Sächsische Schweiz). Dabei stellten Beamte zahlreiche Beweismittel sicher, auch Waffen, wie ein Sprecher des Landeskriminalamtes (LKA) Sachsen an einem der Einsatzorte in Dresden-Pieschen sagte. Dort waren aufgrund entsprechender Andeutungen über Waffen in der Telegram-Chatgruppe namens „Dresden Offlinevernetzung“ auch Spezialeinheiten des LKA dabei. Ein Verdächtiger verließ mit den Ermittlern ein Haus.

„Ich bin froh, dass der Rechtsstaat heute im Freistaat gezeigt hat, wie wehrhaft er ist“, sagte Kretschmer gestern bei einem Besuch des Leipziger Impfzentrums. „Bedrohungen gegen Amtsträger, seien es Bürgermeister, Gemeinde- und Landräte, Wissenschaftler oder Journalisten, sind nicht hinnehmbar, werden nicht geduldet und mit aller Kraft verfolgt.“ Er kündigte zusätzliches Personal „für den Kampf gegen Extremisten“ an. Jeder solle wissen, in Sachsen und in Deutschland könne man selbstverständlich seine Meinung sagen, auch was einem nicht gefalle. „Aber wenn Gewalt ins Spiel kommt, ist eine Grenze überschritten, was von uns nicht geduldet wird.“

Die Razzia richtet sich aktuell gegen sechs Verdächtige, die unter dem Verdacht der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat ständen, sagte der LKA-Sprecher. Die Chatgruppe sei aber viel umfangreicher gewesen.

„Es ist ein klares Signal: der Rechtsstaat ist handlungsfähig“, sagte Innenminister Roland Wöllner (CDU). Geschlossene Chatgruppen seien kein anonymer Raum für die Vorbereitung von Straftaten und schützten nicht vor Strafverfolgung. Das LKA sei den Tätern auf die Spur gekommen, obwohl diese bereits gelöscht gewesen sei. Angestoßen wurden die Ermittlungen durch einen Bericht des ZDF-Magazins „Frontal“ von vergangener Woche, der von Morddrohungen gegen Kretschmer im Zusammenhang mit der Diskussion über eine Impfpflicht handelte.



Abgeführt in Dresden: Der Administrator einer Telegram-Chatgruppe, die Mordpläne gegen Politiker geplant haben soll. Foto: Sebastian Kahmert/dpa

Mehrheit gegen Martin Hess

AfD-Abgeordneter wird nicht Vorsitzender des Innenausschusses

BERLIN/LUDWIGSBURG. Der Ludwigsburger AfD-Bundestagsabgeordnete Martin Hess wird dem wichtigen Innenausschuss des Parlaments nicht vorstehen. Bei der konstituierenden Sitzung des Gremiums gestern lehnte eine klare Mehrheit den 50-Jährigen ab, der seit 2013 im Bundestag sitzt. In geheimer Wahl erhielt er nur sechs Stimmen, 40 Mitglieder votierten gegen ihn. Auch in zwei weiteren Ausschüssen fielen die AfD-Kandidaten durch.

Hess kritisierte das Ergebnis scharf: „Unsere parteipolitischen Konkurrenten bilden einen Einheitsblock, um den Willen von fast fünf Millionen Wählern zum Verstummeln auf, mehr als jeder fünfte Hartz-IV-Bezieher, wie die Bertelsmann Stiftung mitteilte. Alleinerziehende hätten das höchste Risiko, Aufstocker zu werden.“ (dpa)

und dem Bruch „mit allen parlamentarischen Gepflogenheiten“.

Dies wies Macit Karaahmetoglu von der SPD zurück. „Dass die AfD-Kandidaten für den Vorsitz in drei Ausschüssen des Bundestages keine Mehrheit gefunden haben, ist eine demokratische Entscheidung, die es zu respektieren gilt“, sagte der Ludwigsburger Abgeordnete. Die Mitglieder der Ausschüsse hätten ihre Wahl „nach gewissenhafter Sachverhalt getroffen“.

Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Steffen Bilger, zeigte sich erleichtert über den Ausgang der Wahl: „Der Innenausschuss beschäftigt sich auch mit Fragen des Verfassungsschutzes und des politischen Extremismus. Da passt es ein-

fach nicht, wenn eine Partei, die in Teilen vom Verfassungsschutz beobachtet wird, den Ausschussvorsitzenden stellt“, sagte der CDU-Direktkandidat des Wahlkreises Ludwigsburg gestern Abend.

Ähnlich äußerte sich die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Irene Mihalic: „Die Mehrheit der Ausschussmitglieder hat den Vorschlag der AfD offensichtlich für nicht geeignet befunden.“ In der nächsten Sitzungswoche im Januar würden nun in den jeweiligen Ausschüssen die stellvertretenden Vorsitzenden zu geheißen Wahl gestellt. „Solange keine Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden gewählt sind, wird der oder die Dienstälteste in den jeweiligen Ausschüssen die Leitung übernehmen.“ (ioa)

KURZ NOTIERT

Hartz-IV trotz Arbeit

Menschen, die trotz Arbeit Hartz-IV beziehen, sind laut einer Studie meist zu Niedriglöhnen und sehr häufig in einem Minijob tätig. Zuletzt (Juni 2021) stockten 860 000 Menschen ihre Einkünfte mit Sozialleistungen auf, mehr als jeder fünfte Hartz-IV-Bezieher, wie die Bertelsmann Stiftung mitteilte. Alleinerziehende hätten das höchste Risiko, Aufstocker zu werden. (dpa)

Mehr Journalisten in Haft

Die Organisation Reporter ohne Grenzen (RSF) hat weltweit noch nie so viele inhaftierte Journalisten gezählt wie in diesem Jahr. Hauptverantwortliche dafür seien die Regierungen in Belarus, Myanmar und China. Mit Stand zum 1. Dezember saßen laut RSF insgesamt 488 Medienschaffende im Gefängnis, nur weil sie ihre Arbeit getan haben. Das sei ein Anstieg um 20 Prozent. (dpa)

Klage für Tempolimit möglich

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) will ein Tempolimit auf Autobahnen notfalls vor Gericht einklagen. Ein generelles Tempolimit sei eine Maßnahme, die sofort wirke, so gut wie nichts koste und bis zu acht Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr einspare, sagte Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch gestern bei der Jahrespressekonferenz des Umweltverbandes in Berlin. (epd)